ISSN 0721-0752

ZfSÖ
ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

Johann Walter **3** **Theoretische, politische und praktische Aspekte einer Vollgeldreform**

Dirk Löhr **11** **Vollgeld – monetaristischer Aufguss oder Wunderwaffe?**

Ferdinand Wenzlaff **22** **Vollgeld: eine (keynesianische) makroökonomische Analyse**

Thomas Betz **31** **Vom Freigeld zum Vollgeld und vom Vollgeld zum Freigeld**

Beate Sauer **40** **Virtuelle Währungen und Online-Zahlungssysteme – Entgrenzung der Geldschöpfung oder Möglichkeit für ein alternatives Vollgeld-/Freigeld-System?**

Hans-Günter Wagner **50** **Zwischen Vernunft und Emotion – Wirtschaftsethische Paradigmen (II)**

Dieter Fauth **59** **Martin Luthers Umgang mit dem Zinsproblem**

62 **Bücher – Veranstaltungen – Personalie**

79 **60. Mündener Gespräche in Wuppertal**

54. Jahrgang **194/195.** Folge **November 2017**

Theoretische, politische und praktische Aspekte einer Vollgeldreform

Johann Walter

Einleitung

In der derzeitigen Geldreformdiskussion geht es unter anderem anderen um die Frage, wie neues Geld in den Wirtschaftskreislauf eingespeist wird. Diese Frage steht auch im Zentrum des Vorschlags, der als Vollgeldreform diskutiert wird. Wäre das Geldschöpfungsdesign irrelevant, könnte man sich die Diskussion um das Vollgeld sparen. Dem ist aber nicht so. Dazu zwei Beispiele:

1. Das Spiel „Monopoly" lässt sich in mehreren Varianten spielen[1]. Meist wird neues Geld in festgelegter Menge jedem Spieler gutgeschrieben, der „über Los" läuft. Alternativ könnte neues Geld den Spielern leihweise – als rückzahlbarer Kredit – zur Verfügung gestellt werden. Dann müssten die Spieler beim Kauf von Straßen und Häusern bedenken, dass sie den Kredit zurückzahlen müssen. Dies könnte die wirtschaftliche Aktivität am Spielbrett drosseln. Ich habe Studierende parallel beide Varianten spielen lassen und den angedeuteten Drosselungseffekt gefunden.
2. Über einen längeren Zeitraum hatte die Zentralbank in Japan den dortigen Banken Zentralbankgeld unter der Auflage zur Verfügung gestellt, dass sie ihre Kreditvergabe auf produktive Investitionsprojekte konzentrieren[2]. In dieser Phase war das japanische Wachstum im OECD-Vergleich hoch. Später gestattete die Bank of Japan den japanischen Banken auch die großzügige Vergabe von Immobilienkrediten. Danach kam es zu einer Immobilienblase. Noch später stellte die Bank of Japan die beschriebene Kreditlenkung ein; seither „lahmt" dort die Wirtschaftsentwicklung. Allenfalls die japanische Verschuldung ist hoch.

Um vor diesem Hintergrund die Vollgeldreform zu würdigen, seien zunächst einige Aspekte der Geldschöpfung in der derzeitigen Geldordnung analysiert.

Derzeitiges Geld(schöpfungs)system

Unser derzeitiges System ist komplex. Neues Geld wird von der Zentralbank, aber auch von privaten Geschäftsbanken geschaffen (in Abb. 1 jeweils durch eine Pumpe angedeutet).

Die Zentralbank schafft Zentralbankgeld („Reserven" bzw. „Geldbasis") durch Gutschrift auf Konten, welche die Banken bei der Zentralbank unterhalten. Die Kontonummern kennen wir als Bankleitzahlen. Oft leiht die Zentralbank den Banken diese Reserven. Neuerdings kauft die Zentralbank den Banken auch Wertpapiere ab und schreibt den Banken den entsprechenden Wert als Reserven gut. Solche Reserven erreichen den Nichtbankensektor (also Unternehmen, Haushalte, Staat) nur, wenn sie in Bargeld – also in gesetzliches Zahlungsmittel – umgewechselt werden. Ansonsten bleiben es „Reserven".

Bei Nichtbanken umlaufendes Geld wird meist von Banken geschaffen, oft bei Kreditgeschäften. Gewährt eine Bank einer Nichtbank einen Kredit, so errichtet sie ein Kundenkonto und notiert den entsprechenden Betrag auf beiden Seiten dieses Kontos, welches sich dadurch verlängert. Auf der Aktivseite steht die Forderung der Bank an den Kunden auf Rückzahlung des Kredits, auf der Passivseite das Guthaben des Kunden bzw. die Verpflichtung der Bank, dem Kunden das Guthaben bei Bedarf auszuzahlen, z.B. in Bargeld, welches die Bank nicht schöpfen kann. Giroguthaben spiegeln insofern Verbindlichkeiten von Banken gegenüber Nichtbanken[3]. Dieses von Banken sozusagen „aus dem Nichts" erzeugte Kredit- oder Schuldgeld verschwindet bei Kredittilgung. Es wird nur temporär geschaffen, quasi

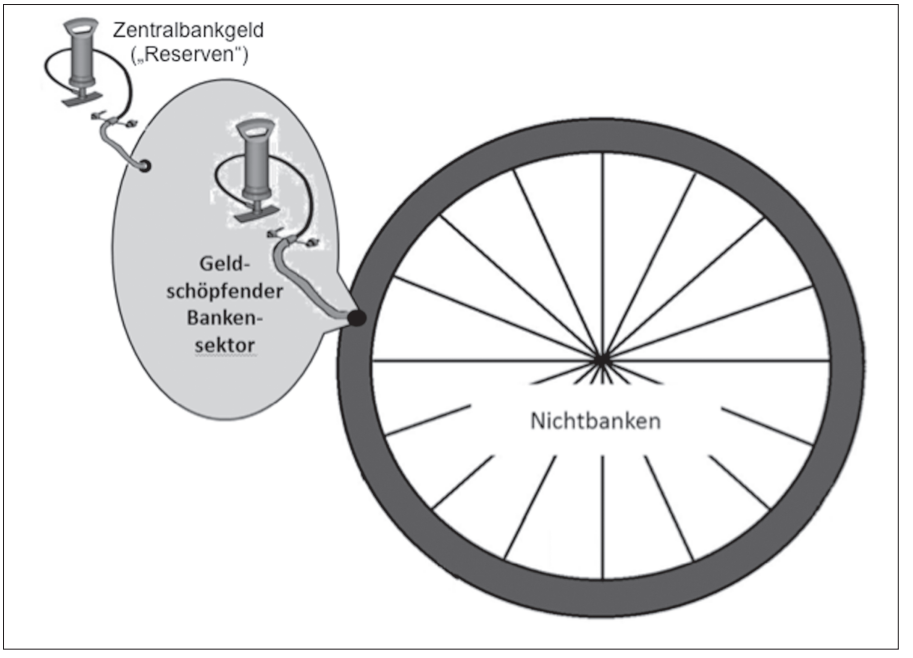

Abb.1: Heutiges Geld-schöpfungs-design

solange es gebraucht wird. Es ist zudem kein gesetzliches Zahlungsmittel, sondern nur Anspruch auf solches.

Kreditgeld kann zum Bezahlen genutzt werden, z.B. durch Überweisung auf andere Konten. Dabei kann allerdings ein Problem entstehen. Beispiel[4]: Kunde 1 erhält von Bank A einen Kredit über 1000 € ("A-Geld", geschaffen durch doppelten Kontoeintrag) und will nun diesen Betrag an Kunden 2 überweisen. Hat dieser sein Konto auch bei Bank A, wird einfach bankintern umgebucht. Hat er aber sein Konto bei Bank B, so muss Bank A die Bank B dazu bringen, dem Kunden ein entsprechendes Guthaben einzuräumen. Da Bank B befürchtet, dass der Kunde die 1000 € in Form von Bargeld abheben möchte (welches die Bank nicht selbst schaffen kann), kooperiert sie nur, wenn ihr Bank A „im Hintergrund" entsprechend Reserven überträgt. Nur dies kompensiert im Fall einer Barabhebung. Neben dem Geldkreislauf bei Nichtbanken existiert in unserem Geldsystem also ein Interbanken-Geldkreislauf mit Reserven. Wegen der Möglichkeit des clearing (Banken A und B können Buchungen verrechnen, falls etwa B-Bank-Kunde 3 zugleich 1000 € an A-Bank-Kunden 4 überweisen will) ist der Reservebedarf der Banken geringer als das per Bankkredit geschaffene Geldvolumen. Man spricht auch vom fraktionalen Reservesystem.[5]

Diese Bankenkreditgeldschöpfung ist renditeorientiert. Private Banken gewähren Kredit, wenn sie glauben, der Kreditnehmer könne den Kredit samt Zinsen zurückzahlen. Somit fließt Kreditgeld meist in Renditeprojekte. Positiv gewendet: Bankenkreditgeld entsteht unter Abwägung von Chancen und Risiken, also tendenziell dort, wo gute Rendite und sichere Rückzahlung winken (und dabei nicht selten für investive Verwendungen), bzw. allgemein tendenziell dort, wo es gebraucht wird.[6]

Das hört sich aber besser an als es ist. Denn diese Geldschöpfung ist einseitig: Primär renditeträchtige Projekte werden von Banken finanziert, seltener z.B. Kindergärten oder Infrastrukturprojekte. Hier muss der Staat entsprechende Ausgaben tätigen, meist mit Steuermitteln. Kreditgeld entsteht also doch nicht immer dort, wo es gebraucht wird. Außerdem profitieren primär regionale Hot-Spots, weniger die Peripherie (also

z.B. eher Frankfurt als das Saarland); das regionale Geldschöpfungsgefälle spiegelt in diesem System also das regionale Wirtschaftsgefälle. Es kann politisch unangenehme Folgen haben, wenn sich die Bewohner der Peripherie gesellschaftlich abgehängt fühlen! Auch haben Banken im Boom mehr Kredit- bzw. Geldschöpfungsanreiz als in der Krise[7]. Realzyklen werden also tendenziell durch Geldschöpfungszyklen verstärkt. Im Boom drohen zudem Probleme mit „Überschussliquidität", wenn z.B. übermäßig viele Finanzkredite zu Preisblasen auf den Märkten für Vermögensgüter (Assets) führen. Sind Kredite mit Assets abgesichert, drohen später – bei wieder fallenden Assetpreisen – monetäre und reale Krisen. Insofern ist keinesfalls sicher, dass Renditestreben und Geldschöpfung immer eine harmonische Verbindung eingehen. Damit stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die Entwicklung der Geldmenge „endogen" von privaten Banken und Nichtbanken entschieden werden sollte oder doch besser „exogen" von einer politischen Instanz bzw. einer Zentralbank.

Ein Weiteres: entsteht Geld per Kredit von Banken an Nichtbanken, so wird parallel eine Schuld geschaffen. Dann muss der Nichtbankensektor wachsen, um den Banken das Geld samt Zinsen zurückzahlen zu können[8]. Würde Geld dagegen als Transfer und nicht als Kredit emittiert, so bestünden derartige schuld- bzw. zinsgetriebene Probleme nicht bzw. in geringerem Maße.

Schließlich: Für Kunden ist Bankenkreditgeld im Wesen unsicher. Geht eine Bank Pleite, so verlieren deren Kunden bzw. die Einleger ihr Geld. Dieses Problem kann durch Einlagensicherungsfonds allenfalls gemildert werden. Von der Zentralbank geschaffenes Geld (also auch Bargeld) ist dagegen ausfallsicher. Würde Geld von der Zentralbank per Transfer an den Staat in Umlauf gebracht, entstünde zudem ein Geldschöpfungsgewinn „für die Allgemeinheit". Überlässt man die Geldschöpfung dagegen (großenteils) den Banken, so müssen Staatsaufgaben vermehrt über Steuern oder Kredit finanziert werden. All dies gibt Anlass, über eine „Geldschöpfungsreform" nachzudenken.

Vollgeldreform

Die Idee der Vollgeldreform lässt sich in wenigen Sätzen erläutern. Kern der Idee[9] ist die Abschaffung von Bankenkreditgeldschöpfung und Reservesystem. Nur eine öffentlich kontrollierte Zentralbank (die „Monetative"[10]) soll Geld im Sinne eines gesetzlichen Zahlungsmittels schöpfen können. Buchgeld soll in dieser Hinsicht dem Bargeld gleichgestellt werden. Bei der Bemessung der Geld(schöpfungs)menge soll sich die Monetative an der Entwicklung des Produktionspotenzials orientieren, welches damit quasi als reale Deckung des Geldes interpretierbar wäre[11]. Für die Gestaltung der Vollgeldausgabe gibt es verschiedene Vorschläge: neues Vollgeld fließt demnach – „aktiv", also nicht als Schuld gebucht – von der Monetative

a) per Transfer an den Staat; dieser entscheidet über die Geldverwendung nach politischer Präferenz[12] – z.B. für Schuldentilgung, für öffentliche Leistungen oder zur „Finanzierung" einer Steuersenkung oder

b) per Transfer an die Bürger (Bürgerdividende bzw. „Helikoptergeld"); dann erhalten die Bürger den Geldschöpfungsgewinn, verwenden das neue Geld aber primär für Konsum, nicht für öffentliche Projekte oder Investitionen

c) oder (subsidiär, falls eine Kreditklemme droht) per Kredit an Banken.

Per Transfer ausgegebenes Vollgeld ist dem Wesen nach dauerhaft in Umlauf – anders als Kreditgeld, welches nach Tilgung wieder verschwindet.

Bankkredite sind im Vollgeldsystem nur noch möglich, wenn zuvor Geld zur Bank fließt, z.B. von Kunden, von anderen Banken und Finanzinstitutionen, durch Ausgabe von Anleihen oder Aktien, ggfs. auch von der Zentralbank. Banken würden damit zu echten „Finanzintermediären". Ein Kreditgeschäft bliebe für Banken weiter möglich; Kredite könnten aber teurer werden.

Im Übergang auf das neue System könnten rücklaufende alte Bankkredite durch von der Monetative per Transfer neu ausgegebenes Vollgeld ersetzt werden. Dann entstünden einmalig hohe Geldschöpfungsgewinne bei Nichtbanken. Würde Vollgeld z.B. gemäß Option a) herausgegeben, so

ergäben sich für den Staat Schuldentilgungspotenziale, die auf rund 50% geschätzt werden.[13]

Der zweite Kerngedanke der Vollgeldreform: Banken müssen Girokonten der Kunden (nicht die Sparkonten) aus der Bankbilanz ausgliedern und getrennt verwalten. Dadurch wird das von der Zentralbank geschöpfte Giralgeld für Kunden zu vollständig ausfallsicherem Geld und genau in diesem Sinne zu „Vollgeld", welches bei einer Bankinsolvenz bestehen bleibt. Erkennen die Kunden diesen Zusammenhang, so könnte daraufhin bei einer Bankenkrise die Gefahr von Bank-runs sinken, also die Bankenkrise weniger heftig ausfallen.

Aus Sicht ihrer Befürworter hat die Vollgeldreform weitere Vorteile[14]:

- Aufgrund schuldenfreier Geldschöpfung sinkt der Druck zum Wachstum, da kein „Geldschöpfungskredit" mit Zins zurückgezahlt werden muss.
- Im Vergleich zur renditeorientierten Kreditgeldausgabe ist die „politische" Ausgabe von Vollgeld regional wohl weniger polarisierend, besonders wenn die Ausgabe regional nach Bevölkerung statt nach Wirtschaftskraft erfolgt.
- Die volle Geldmengenkontrolle der Monetative erleichtert zudem – jedenfalls bei potenzialorientierter Geldschöpfung – die Realisierung von Konjunktur- und Preisniveaustabilität.
- Die Komplexität des Geldsystems wird reduziert; statt mehrerer Geldmengen (Reserven und Bankengeld) existiert dann nur noch eine Vollgeldmenge (vgl. Abb. 2; statt zweier Pumpen ist hier nur noch eine Pumpe zu sehen).

Kritische Diskussion des Vollgeldreformvorschlags

Der Vollgeldreformvorschlag wird inzwischen intensiv diskutiert.[15] Hier seien ausgewählte theoretische, politische und praktische Aspekte dieser Diskussion nachgezeichnet, eingeordnet und bewertet.

Stellung von Zentralbank/Monetative und privaten Banken

Die Vollgeldreform stärkt die Stellung der Zentralbank bzw. der Monetative. Wird die Monetative daraufhin zu mächtig und – wenn unabhängig – zu einer Gefahr für die Demokratie? Schon heute wird die Stellung der Zentralbank diesbezüglich teilweise kritisch betrachtet, obwohl Zentralbanken bisher „nur" das Bargeldmonopol haben und die Bedeutung des Bargeldes rückläufig ist[16]. Der Vollgeldreformvorschlag enthält daher zu Recht die Forderung nach demokratischer Legitimation und Kontrolle der Monetative durch andere Staatsgewalten (z.B. durch Gerichte).

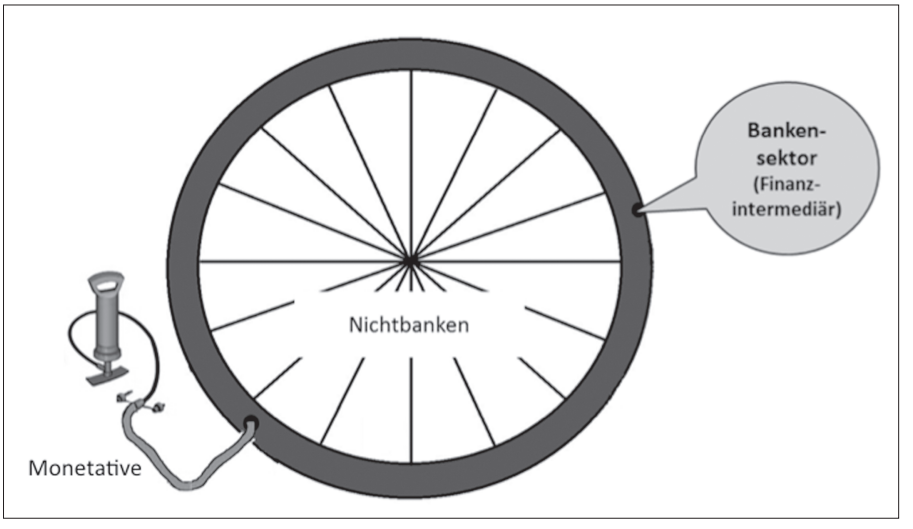

Abb. 2: "Vollgeldschöpfungsdesign" und Bankensektor

Schreitet etwa die Monetative bei instabil steigendem Preisniveau nicht ein, sollte sie – so könnte man diese Forderung deuten – wegen Untätigkeit verklagt werden können. Dies könnte auch die Befürchtung entkräften, die Monetative könne die Geldmenge auf politischen Druck und somit unter Preisgabe ihrer Unabhängigkeit zu stark ausweiten. Würde die angesprochene Potenzialorientierung im Statut der Monetative (und als justiziables Kontrollkriterium) stark verankert, so wäre im Vollgeldsystem die Gefahr inflationärer Geldmengenausweitung eher kleiner als heute.

Zugleich wird befürchtet, private Banken würden im Zuge einer Vollgeldreform geschwächt. In der Tat: zwar könnten Banken weiterhin Kredite, Leistungen im Zahlungsverkehr und Finanzdienstleistungen anbieten. Sie verlören aber das Geschäftsfeld der Kreditgeldschöpfung. Der Bankensektor könnte schrumpfen, zumal im Vollgeldsystem Bankenrettungen weniger dringend wären, denn das Geld der Bankkunden wäre ja gesichert. Wäre eine Reduktion der Bedeutung des Bankensektors ein Problem? Die Bundesbank befürchtet z.B.[17], eine Abkehr vom bisherigen System erschwere den Banken die Fristentransformation, die darin bestehe, dass Banken kurzfristige Einlagen in langfristige Kredite wandeln. Freilich scheint diese Funktion im heutigen System, in dem Banken Kredite recht unabhängig von Einlagen vergeben können, teilweise entbehrlich. Und: auch in einem System ohne bankeigene Geldschöpfung können Banken, die die Anlagegewohnheiten ihrer Kunden kennen und genug Eigenkapitalpuffer haben, eine gewisse Fristentransformation betreiben.[18] Eventuell braucht eine Vollgeldwirtschaft aber gar nicht so viel Fristentransformation, wenn nämlich die Zentralbank das Geld nicht über die Banken in Umlauf bringt sondern ins System einspeist, indem sie es dem Staat oder den Bürgern per Transfer zur Verfügung stellt. Dann hat nämlich dieses Zentralbankgeld eine unendliche Fristigkeit. Es muss also kein Mangel an längerfristigen Mitteln herrschen, selbst wenn die Banken weniger Fristentransformation betreiben.[19]

Zusammengenommen sind die genannten Kritikpunkte deutlich zu relativieren.

Geldmengensteuerung, Potenzialorientierung und Geldumlauf

Verschiedene Kritiker der Vollgeldreform monieren, dass die Geldausgabe im Vollgeldsystem qualitativ und quantitativ ein „Behördenakt" werden soll. Dabei eventuell relevante monetäre Mengenregeln (z.B. eine Potenzialorientierung) seien unflexibel. Kreditgeld könne dagegen entstehen, wo, wenn und soweit es gebraucht wird. Banken wüssten zudem eher als eine zentrale staatliche Behörde, was eine optimale Geldmenge ist. Allgemein: endogene Geldschöpfung sei besser als exogene. Diesem Argument hält die Vollgeldbewegung – mit gewissem Recht – entgegen, dass Banken, selbst wenn sie es (kollektiv) besser wüssten, gar nicht die volkswirtschaftlich optimale, sondern die gewinnmaximierende Geldmenge schöpfen wollen – und das wäre z.B. im Boom zu viel, in der Krise zu wenig[20]. Und es bleibt die erwähnte strukturelle Polarisierung bei renditeorientierter (Banken-)Geldschöpfung.

Eine andere Kritik lautet, Vollgeldreform könne zu Kreditknappheit führen. Aus wachstumsskeptischer Sicht ist das freilich ein Vorteil des Vollgeldsystems. Wachstum oberhalb des Potenzialwachstums wäre erschwert. Im Übrigen sollte bei einer Potenzialorientierung der Geldschöpfung im Vollgeldsystem ein klassischer Zinsmechanismus genug Ersparnis über den Kreditweg mobilisieren können, um die Volkswirtschaft auf dem Potenzialpfad wachsen zu lassen.

Allerdings führt eine Vollgeldreform aus Sicht der Kritiker auch qualitativ „in die Planwirtschaft", sofern nämlich der Staat über die erste Verwendung von neu emittiertem Geld entscheiden soll. Dies ist freilich nur dann ein Nachteil, wenn man die staatliche Erstverwendung des Geldes für suboptimal hält im Vergleich zur Allokation renditeorientiert geschöpften Bankenkreditgeldes. Dies kann man, wie oben erläutert, auch umgekehrt beurteilen. Zudem bleibt der (spätere) Geldumlauf in der dezentralen Entscheidung der Nutzer und die Kreditvergabe weiterhin bei privaten Banken.

Dies führt freilich zu einem zentralen Kritikpunkt: auch im Vollgeldsystem kann Geld nach der Erstausgabe fließen wohin es will, also auch

in den „finanzkapitalistischen Kasinobereich" der Wirtschaft bzw. in die Hortung. Das Problem ist insofern weniger die Geldentstehung als die Geldverwendung.[21] Diesbezüglich gibt es im Vollgeldreformkonzept keine explizite Regelung und insofern Ergänzungsbedarf. Zwar bremst die Potenzialorientierung eine Aufblähung von spekulativen Kapitalflüssen, Finanzwirtschaft und Assetbubbles; immerhin gäbe es im Vollgeldsystem – anders als heute – keine überschießende Feuerung mit Bankenkreditgeld. Daher könnte eine Vollgeldreform die Kapitalflüsse etwas verstetigen und stärker an realwirtschaftliche Bedürfnisse anbinden. Aber auch eine potenzialorientierte Geldmengensteuerung kann nicht verhindern, dass Geld in großem und stark schwankenden Ausmaß verwendet wird, um Vermögenswerte zu handeln, also Grundstücke, Immobilien, Gold, Rohstoffe, Aktien, Anleihen, Derivate, sonstige Finanzprodukte.[22] Zur entsprechenden Kanalisierung des Geldumlaufs kämen – ein Vollgeldsystem ergänzend – z.B. folgende Instrumente in Frage[23]:

- eine monetäre Umlaufsicherung, um Geld aus der Hortung herauszutreiben,
- eine Asset-Besteuerung, um den „blasenträchtigen" Drang des Geldes auf die Asset-Märkte zu mindern (damit könnten zugleich in vorteilhafter Weise ökonomische Renten abgeschöpft werden),
- eine Tobin-Tax, um destabilisierende internationale Geld- und Kapitalströme zu bremsen. Diese sind zwar normale ökonomische Vorgänge und über flexible Wechselkurse moderierbar: drängt Liquidität per Saldo einseitig über die Grenze, folgt Auf- oder Abwertung der Vollgeldwährung.[24] Aber das „Herdenverhalten" internationaler Kapitalanleger rechtfertigt bei starker Kapitalmobilität dennoch eine aktive Stabilisierung,
- eine kompensierende staatliche Regional- und Strukturpolitik, denn auch im Vollgeldsystem ist eine Sekundäraustrocknung der ökonomischen Peripherie möglich: Vollgeld könnte – zunächst vom Staat in die Peripherie gelenkt – im weiteren Umlauf doch wieder im Immobiliensektor in Frankfurt landen.

Parallelwährungen/Parallelgeld

Derzeit herrscht eine hohe währungsbezogene „Innovationsdynamik". Inzwischen gibt es zahlreiche elektronische Währungen (z.B. Bitcoins[25]), aber auch viele Regionalwährungen. Eine Vollgeldreform könnte, so ein Einwand, solche „Parallelgelder" bzw. neue Geldsubstitute (Bitcoins, Google-Geld, …) sogar fördern, weil sie auf endogene bzw. „atmende" Geldversorgung verzichtet und sich insofern monetärer Bedarf aufstauen kann. Derart induzierte Parallelgeldvolumina könnten im Nachgang wiederum das Vollgeld bedrängen.

Auch dieser Kritikpunkt ist zu relativieren: Eine Vollgeldreform lässt andere Währungen zwar prinzipiell zu. Das Vollgeld sollte aber als gesetzliches Zahlungsmittel „übergeordnet" sein. Steuern z.B. sollten demnach nur mit Vollgeld zahlbar sein, nicht mit Geldsubstituten. Unter diesen Umständen wäre Vollgeld vermutlich attraktiver als Parallelgeld. Ist Vollgeld erst einmal das meistverwendete Tauschmittel, könnte dies „Konkurrenzwährungen" (weiter) schwächen. Das Geldangebot wäre insofern mit der Situation eines natürlichen Monopols vergleichbar. Dann wären auch Befürchtungen zu relativieren, Banken könnten – das Vollgeldsystem „untergrabend" - Aktivitäten in ausländischen „Kreditgeld-Parallelwährungen" anbieten: viele Bürger würden sich – ohne Wechselkursrisiken – auf das Geld beschränken, in dem sie auch Steuern zahlen müssten, also auf das heimische Vollgeld.

Politische Umsetzbarkeit einer Vollgeldreform

Oft wird – nachvollziehbar – argumentiert, eine Vollgeldreform sei politisch nicht gegen den Widerstand der Banken durchsetzbar. Die Entwicklungen in der Schweiz und in Island sind geeignet, diese Hypothese einem Realitätstest zu unterziehen. Das Bankeninteresse ist nicht homogen. Realwirtschaftlich orientierte kleinere Banken, Sparkassen und Volksbanken (und somit auch deren Kunden) könnten sogar von einer Vollgeldreform profitieren, denn anders als das heutige System bevorzugt das Vollgeldsystem nicht die großen Banken.

Unumstritten ist allerdings, dass eine Vollgeldreform im Eurosystem nicht im nationalen Alleingang, sondern nur „euroweit" möglich ist. Wahr ist aber auch: würde die Reform schon jetzt geplant, läge der Vorschlag „fertig in der Schublade", falls durch weitere Krisen plötzlich der politische Wille zu größeren Finanzmarktreformen da ist.[26]

Alternativen zu einer Vollgeldreform

Natürlich gibt es Alternativen zu einer Vollgeldreform. Die Ausfallsicherheit, die Vollgeld bietet, ließe sich z.B. auch dadurch erreichen, dass jeder Zugang zu einem Zentralbankkonto oder einem anderweitig sicherem Konto erhält.[27] Und eine Korrektur der beschriebenen privilegierten Bankenstellung wäre tendenziell auch durch geeignete schärfere Regulierung bzw. höhere Besteuerung von Banken realisierbar. Freilich bestehen auch hier Zweifel in Bezug auf die politische Durchsetzbarkeit entsprechender Maßnahmen.

Eine weitreichende Alternativ- bzw. Vorläuferidee zum Vollgeld ist die des 100% Money. Dieser Idee zufolge[28] steht hinter allen Bank-Sichtguthaben eine 100%ige Reserve aus Zentralbankgeld, welches nicht von Banken geschaffen werden kann. Durch eine 100%-Reserve zur Deckung von Einlagen soll es demnach gelingen, den Banken die Möglichkeit der Geldschöpfung zu nehmen bzw. im Bankensystem die Geldfunktion von der Kreditfunktion zu trennen und die Geldschöpfung in öffentliche Hand zu legen. Damit wurden bzw. werden – ähnlich wie beim Vollgeld – folgende Vorteile erhofft[29]:

- bessere Kontrolle konjunktureller Schwankungen und Stabilisierung von Bankenkreditvolumen und Giralgeldschöpfung.
- Beseitigung von „Bank-Runs",
- deutliche Abnahme von (Netto-)Staatsschulden und privaten Schulden.

Allerdings verbleiben die 100%-Pläne in der „Reservesystemlogik"[30]: weiterhin gibt es zwei Geldkreisläufe und Girokonten mit „Sekundärgeld" als Teil der Bankbilanz. Weiterhin entsteht Geld per Kredit, also schuldenschaffend. Weiterhin ist eine Banken-Initiative bei Kreditvergabe und „100%-Deckung" im Nachgang denkbar, z.B. wenn die Zentralbank den Banken nachträglich, aber vor Ende der Mindestreserveerfüllungsperiode entsprechend benötigtes Zentralbankgeld (z.B. per Kredit) zur Verfügung stellt. Es gäbe auch ein Übergangsproblem: wie käme man in überschaubaren Zeiträumen von der heutigen 1%igen auf eine 100% Reservedeckung? Wenn daher die Bundesbank die 100%-Idee kritisiert[31], ist das nicht als Votum gegen das Vollgeld zu deuten.

Fazit

Die Idee, Geld zentralbankseitig und per öffentlichem Transfer statt renditeorientiert und schuldenschaffend per Bankkredit zu schaffen, zugleich das mehrstufige durch ein einstufiges Geldsystem zu ersetzen und dabei für Bankkunden vollständige Ausfallsicherheit zu schaffen, hat insgesamt deutliche Vorteile gegenüber dem existierenden System; unter anderem eine mögliche Depolarisierung und Verminderung diverser Probleme einer überschießenden Geldschöpfung. Als mögliche Nachteile werden unter anderem eine geringere Flexibilität von Geldversorgung, Kreditgewährung und Fristentransformation sowie eine zu starke Stellung der „Monetative" ins Feld geführt.

Grundsätzlich sind die Effekte einer Vollgeldreform nicht genau abschätzbar, da es noch keine realen Erfahrungen mit Vollgeld gibt. In einer theoretischen Betrachtung scheinen allerdings die Vorteile zu überwiegen, insbesondere wenn die Einführung von Vollgeld mit einer differenzierten Kontrolle bzw. Steuerung des Geldumlaufs verbunden wird. Auf jeden Fall aber sollte die wissenschaftliche Diskussion dieser Idee möglichst breit geführt und nicht den interessierten Kreisen (z.B. Banken) überlassen werden.

Anmerkungen

1 Vgl. z.B. M. Prüller, Über die Entstehung und Verbreitung des Klassikers "Monopoly", in „Die Presse", 2007.

2 Vgl. dazu R. Werner, Neue Wirtschaftspolitik, Was Europa aus Japans Fehlern lernen kann, München 2007, S. 347ff..

3 Entsteht aber die Gutschrift auf dem Kundenkonto, nachdem die Bank mit neugeschaffenem Geld einen Vermögenswert (z.B. Wertpapier, Grundstück) gekauft hat, so steht der Kundengutschrift

keine Kreditforderung der Bank, sondern ein Vermögenswert gegenüber. Dann spiegelt die Gutschrift beim Kunden keine Schuld.

4 Vgl. N. Häring, Die Abschaffung des Bargeldes und die Folgen, Köln 2016, S. 113 ff.

5 Vgl. z.B. J. Huber, Monetäre Modernisierung, 5. Auflage, Marburg 2013, S. 42

6 Vgl. J. Walter, Geldordnung: Schuldenkrise oder free lunch? In: WiSt 4/2013, S. 197-201.

7 Vgl. z.B. J. Huber, J. Robertson, Geldschöpfung in öffentlicher Hand, Kiel 2008, S. 40.

8 Einige sehen diesen Effekt aber nur, wenn in Umlauf gebrachtes Geld zum Teil „gehortet" wird. Vgl. z.B. F. Wenzlaff, Chr. Kimmich, Th. Koudela, O. Richters, Chr. Freydorf, L. Schuster, Wachstumszwang in der Geldwirtschaft? Theoretische Erwägungen, Memorandum des Denkwerks Zukunft, Bonn 2012.

9 Vgl. ursprünglich J. Huber Vollgeld, Berlin 1998, später z.B. J. Huber, J. Robertson, 2008, a.a.O., J. Huber, 2013, a.a.O. und die website monetative.de. Inzwischen gibt es mehrere „Vollgeldbewegungen", in Deutschland und in der Schweiz z.B. die Bewegung „Monetative", und darüber hinaus eine politikrelevante Diskussion, in der Schweiz z.B. im Vorfeld zur 2018 geplanten Volksbefragung zum Thema Vollgeld.

10 Der Begriff Monetative soll ausdrücken, dass die Bereitstellung von Geld neben Legislative, Exekutive und Judikative als zentrale Staatsaufgabe zu deuten ist.

11 Alternativ könnte exogen ein konkretes Wachstumsziel vorgegeben werden; sogar ein Nullwachstumsziel.

12 Alternativ wäre eine mit Verwendungsvorgaben (z.B. für Infrastruktur) versehene, föderal nach Bevölkerung verteilte und damit schädliche regionale Polarisierungen auf direktem Weg abmildernde Ausgabe denkbar. Vgl. J. Walter 2013, a.a.O. Diese Gestaltung wäre zudem auch auf europäischer Ebene realisierbar.

13 Vgl. www.monetative.de, Vollgeld-Broschüre, S. 27ff.. Mit dieser einmalig anfallenden Übergangs-Seigniorage ließe sich also ein erheblicher Teil der gesamten Staatsschuld tilgen. Im „laufenden Betrieb" des Vollgeldsystems fiele dem deutschen Staat zudem bei einem Wirtschaftswachstum von 1–2–3% und daraufhin steigender Geldmenge eine jährliche Seigniorage zu, die in der angegebenen Quelle auf 15–30–45 Mrd. Euro geschätzt wird. Dies entsprach 2014 in Deutschland 1,4–2,8–4,2 % der gesamten öffentlichen Ausgaben. Damit ließe sich die verbleibende öffentliche Schuld relativ rasch sozialverträglich abbauen.

14 Vgl. www.monetative.de, Vollgeld-Broschüre, a.a.O.

15 Vgl. z.B. St. Schulmeister, Das "Vollgeldsystem" – Notwendige Reform oder gefährliches Allheilmittel? WIFO Working Papers Nr. 518, Mai 2016, M. Danzmann, Stabilisierung des Euro durch Vollgeld, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 53. Jahrgang, 190/191. Folge, Oktober 2016, S. 24-32, die Beiträge in diesem Heft sowie – natürlich einseitig – die website www.monetative.de.

16 Vgl. R. Werner, a.a.O., S. 415ff.

17 Vgl. Bundesbank (Hrsg.), Die Rolle von Banken, Nichtbanken und Zentralbank im Geldschöpfungsprozess, in: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, April 2017, S. 15-36, insb. Anhang S. 33ff.

18 Vgl. www.monetative.de/monetativeblog

19 Vgl. Blog von N. Häring: www.norberthaering.de

20 Vgl. www.monetative.de, Vollgeld-Broschüre, a.a.O.

21 Vgl. St.. Schulmeister, a.a.O., S. 2, sowie J. Walter, Überschussliquidität: Ursachen, Folgen und mögliche Antworten der Geldpolitik, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 51. Jg., 180/181. Folge, S. 6-14.

22 Vgl. N. Häring, a.a.O.

23 Vgl. J. Walter, 2014, a.a.O.

24 Ob die Vollgeldreform eher internationales Kapital anlockt oder Kapital eher ins Ausland drängt, ist unklar.

25 Vgl. B. Sauer, Bitcoin, Paypal & Co. – Entgrenzung der Geldschöpfung oder Möglichkeit für ein alternatives Vollgeld-/Freigeld-System?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 194./195. Folge (2017) S. 40-49.

26 Vgl. www.monetative.de, Vollgeld-Broschüre, a.a.O.

27 Vgl. z.B. T. Gudehus, Sicherheitskonten und Sicherungsbanken, Ein anderer Weg zu einer neuen Geldordnung. www.vollgeld.de. Vollgeldreform/Schrittweise Vollgeldeinführung.

28 Vgl. I. Fisher, 100% Money, New Haven 1935 (deutsch: 100%-Geld, Kiel 2007), sowie J. Benes, M. Kumhof, The Chicago Plan Revisited, IMF working paper 12/202, Aug 2012, revised draft Feb 2013.

29 Vgl. I. Fisher, a.a.O. Bei einer Prüfung mit ökonomischen Modellrechnungen bestätigten Benes und Kumhof (a.a.O.) diese Wirkungen und fanden als zusätzliche Effekte zu erwartende Produktionsgewinne u.a. durch Verminderung von Zinsrisiken und Kreditrisikoüberwachung und eine Herabsetzung der Inflation auf Null.

30 Vgl. J. Huber, Vollgeld und 100%-Reserve (Chicago Plan) www.vollgeld.de

31 Vgl. Bundesbank (Hrsg.), a.a.O., S. 33ff.

Adam Smith über die Autokonzerne

„Ein Monopol ... wirkt wie ein Handels- oder Fabrikationsgeheimnis. Der Monopolist versorgt nämlich den Markt ständig mangelhaft. ... Geschäftsleute des gleichen Gewerbes kommen selten, meist zu Festen und zur Zerstreuung, zusammen, ohne dass das Gespräch in eine Verabredung gegen die Öffentlichkeit endet oder irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise erhöhen kann."

Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen (1776), München 1978, S. 54 und 112.